

Editorial

Liebe Freundinnen und Freunde
der Stiftung Gertrud Kurz

Nach dem grossen personellen Wandel Ende 2010, über den wir in den letzten Kurznachrichten berichteten, setzte der Stiftungsrat in diesem Jahr primär auf Konsolidierung. Im Tagesgeschäft der Projektvergabe strebten wir Kontinuität an, was angesichts der guten Projektgesuche auch reibungslos funktionierte. Die neuen Stimmen im Stiftungsrat und die damit verbundenen Kompetenzen brachten zudem eine lebendige Diskussionskultur und neue inhaltliche Schwerpunkte hervor.

Diese Ausgabe der Kurznachrichten möchten wir einem Thema widmen, das in unseren Diskussionen besonders oft aufgetaucht ist, jedoch in der Öffentlichkeit kaum Beachtung findet: Dem Ausschluss von staatsbürgerlichen Rechten und dessen alltäglichen Folgen für AusländerInnen, Asylsuchende, Sans-Papiers und Second@s.

Ein gravierendes Ritual staatsbürgerlichen Ausschlusses hat sich am 23. Oktober 2011 abgespielt – hinter der Hochglanzfassade der SF-Wahlversammlung, zwischen den Zeilen unzähliger Zeitungsberichte und zwischen Stühlen und Bänken der Stammtische. So wurde auch an diesen Parlamentswahlen fast ein Viertel der BewohnerInnen dieses Landes durch die europaweit mit am restriktivsten Einbürgerungsgesetze davon abgehalten, politische Verantwortung in der Gesellschaft zu übernehmen, in der sie leben. Dies war jedoch keine Minute der

**Die Abwehr des Anderen
ist fundamental in unserem
nationalstaatlichen Denken
angelegt, das sich im Recht,
in der Politik, in der Populär-
kultur und im Alltag
manifestiert.**

wertvollen Sendezeit wert. Hingegen hat diese unglaubliche Tatsache Tarek Naguib, Diskriminierungsexperte und Stiftungsratsmitglied, zu einigen Kurzgedanken über den Zusammen-



MigrantInnen als BürgerInnen zweiter Klasse: ausgegrenzt, unsichtbar, ohne Stimme.

Bild: Sans-Papiers, Anlaufstelle Zürich (SPAZ)

hang von Integration und Demokratie angeregt, wie Sie auf Seite 4 nachlesen können.

Genauso wie das Fehlen des richtigen staatsbürgerlichen Status über demokratische Mitbestimmung oder Ausschluss entscheiden kann, ist der fehlende Aufenthaltsstatus der geschätzten 300 000 Sans-Papiers verantwortlich für den Unterschied zwischen bescheidenem Wohlstand und Ausbeutung, zwischen Würde und Leid. Denn erst wegen ihrer Illegalität werden Sans-Papiers in das prekäre Leben als entrechtete, billige Arbeitskräfte verbannt, das sie tagtäglich führen. Wie die Jahre davor hat die Stiftung im Gedenken an die Arbeit von Gertrud Kurz, welche sich für die Schwächsten der Migrationsgesellschaft einsetzte, auch dieses Jahr Projekte für Sans-Papiers unterstützt (s. Seite 3).

Wie die Historikerin Francesca Falk im Interview auf Seite 2 erläutert, ist die beschriebene Ambivalenz zwischen Freiheit und Ausschluss, Wohlstand und Ausbeutung im modernen liberalen Gedankengut und damit im liberalen Nationalstaat selbst angelegt. Zu einer Nation zu gehören, bedeutete seit dem 19. Jahrhundert die Staatsbürgerschaft und die damit verbundenen Rechte zu erhalten. Und umgekehrt: Fehlende Zugehörigkeit zur Nation hatte zur Folge, keine oder beschränkte Rechte zu haben. Aufgabe und Natur des National-

staates war es stets zu definieren, wer dazu gehört und wer nicht. Und er war deshalb stets bestrebt und willens, Personen – wenn nötig mit Gewalt – zu disziplinieren, die sich der Logik der Sesshaftigkeit, der Assimilation oder der nationalen Identität widersetzen.

Wir sollten von der uns so vertrauten Analyse wegkommen, dass es vor allem rechtspopulistische DemagogInnen und Wahlkampfmissionen waren, die im so genannten Volk Ängste geschürt und dadurch der repressiven Einwanderungs- und Integrationspolitik der letzten Jahre den Weg bereitet haben. Zweifellos hat eine solche Politik einiges zur zunehmenden Fremdenfeindlichkeit beigetragen. Aber mehr als ein gutes Gewissen, liberale Selbstgewissheit oder kosmopolitischen Überlegenheit bietet dieses Lamento kaum. Die Abwehr des Anderen ist stattdessen fundamental in unserem nationalstaatlichen Denken angelegt, das sich im Recht, in der Politik, in der Populärkultur und im Alltag manifestiert. Dies ist der Boden, auf dem Rechtspopulismus und Fremdenfeindlichkeit überhaupt gedeihen können.

Angesichts einer zunehmend von transnationaler Mobilität geprägten Welt, müssen wir also Visionen davon entwickeln, wie Bewegungsfreiheit, politische Rechte, Staatsbürgerschaften ausserhalb nationalstaatlichen Kategorien gestaltet und organisiert werden können. Gertrud Kurz hat in ihrem humanitären Engagement und in ihren Vorträgen zeitlebens für eine solche Vision gekämpft. Dank Ihrer Unterstützung, liebe Freundinnen und Freunde von Gertrud Kurz, lebt dieser Geist in den von uns geförderten Projekten weiter.

Wir wünschen Ihnen einen guten Ausklang des Jahres und hoffen, Ihnen mit diesen Kurznachrichten einige kleine aber feine Anregungen für eine andere Welt mitgeben zu können. *Neela Chatterjee und Rohit Jain*

In dieser Nummer

Interview mit der Historikerin Francesca Falk: Eine liberale Gesellschaft sollte die Bewegungsfreiheit respektieren	2
Unterstützte Projekte: «Wirtschaftsflüchtlinge» werden gemacht – Sans-Papiers auch	3
Kurz-Gedanken von Tarek Naguib: Wahlen mit wenig Demokratie	4

Eine liberale Gesellschaft sollte die Bewegungsfreiheit respektieren

Jürg Meyer: Durch Ihr neues Buch zieht sich als roter Faden der Gegensatz zwischen dem Versprechen moderner Staaten zur Verwirklichung von Freiheit und Menschenrechten einerseits, und ihrer Abgrenzung gegenüber anderen Staaten und Völkern andererseits. Wie lassen sich Auswege aus diesem Zwiespalt finden?

Francesca Falk: Ich bin überzeugt, dass unsere Gesellschaft neue Denkansätze braucht, um nicht im Strudel verschärfter Ausländergesetze liberale Werte aufzugeben. Allerdings kann ich in meiner Arbeit keine Fertiglösung anbieten. Jedoch zeige ich auf, wie die bestehenden nationalstaatlichen Grenzen in ihrer historischen Willkürlichkeit gesehen werden können: Weshalb Grenzen zwischen Staaten als gegeben betrachtet werden und liberale Gesellschaften wie selbstverständlich eines der wichtigsten Grundrechte, die Bewegungsfreiheit der Menschen, einschränken. Wohnort, Herkunft und Staatsangehörigkeit sind zufällig, prägen aber weiterhin stark die Lebensmöglichkeiten, beispielsweise die

Chancen, Arbeit zu finden (s. Beitrag über Sans-Papiers auf Seite 3). In der Literatur wird diese Ungleichverteilung von Chancen anhand nationaler Staatszugehörigkeiten oft mit Feudalrechten verglichen. In meiner Arbeit versuche ich, politische Theorie mit Bildanalysen zu verbinden. Ich zeige, wie Bilder die Wahrnehmung von Grenzen im Hinblick auf Migration prägen. Ein Beispiel ist das Bild des «vollen Bootes», das im Zweiten Weltkrieg zur Legitimation einer äusserst restriktiven Flüchtlingspolitik benutzt wurde. Auf eine bildliche Strategie der «Völle» wird jetzt auch bei der Anti-Masseneinwanderung-Initiative zurückgegriffen. Das Bild des «leeren Landes», das zivilisiert werden musste, legitimierte hingegen den Kolonialismus. Damit wurde die Bevölkerung der eroberten Gebiete entrechtet.

Jürg Meyer: Wie können aus dem erwähnten strukturellen Gegensatz Wege zu menschlicher Verantwortung gefunden werden?

Francesca Falk: Eine «liberale» Gesellschaft sollte die Bewegungsfreiheit respektieren.

Dies widerspricht dem nach wie vor herrschenden Standpunkt, dass ein souveräner Nationalstaat autonom über Öffnung und Schliessung von Grenzen bestimmen kann. An den Grenzen werden aber auch globale Probleme sichtbar, die sich nicht an Ort und Stelle lösen lassen, beispielsweise am Ankunfts-ort der Bootsflüchtlinge in Lampedusa. Solche Probleme müssen auf einer globalen Ebene diskutiert werden.

Jürg Meyer: Setzt dies nicht eine Weltinnenpolitik voraus, welche um menschenwürdige Zustände in allen Teilen der Welt besorgt ist?

Francesca Falk: Ein Nationalstaat allein kann nicht die Änderung der Situation bewirken. Es braucht staatenübergreifende Handlungsansätze, die auch der transnationalen Logik der Grenzziehung selbst gerecht werden. In meiner Arbeit versuche ich, lokale Debatten in andere globale Kontexte hineinzusetzen. So schildere ich anhand der Vorgeschichte der schweizerischen Migrationspolitik im 19. Jahrhundert, wie die Ausschaffung von Fahrenden in der Schweiz mit kolonialen Praktiken anderer Staaten zusammenhing.

Interview Jürg Meyer
Stiftungsratsmitglied

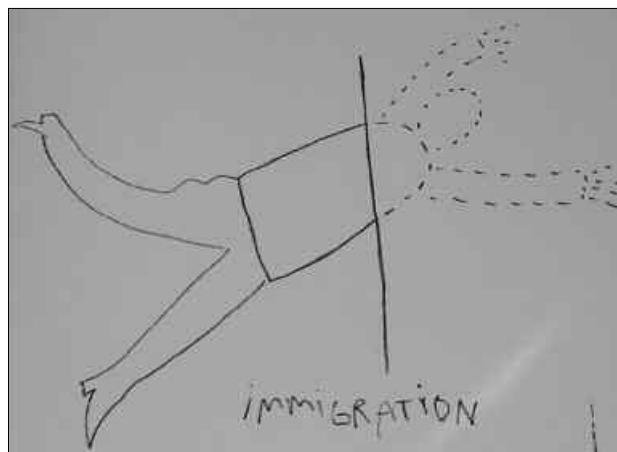


«Eine gestische Geschichte der Grenze. Wie der Liberalismus an der Grenze an seine Grenzen kommt» lautet der Titel der Dissertation von Francesca Falk, vor kurzem gedruckt im Wilhelm Fink-Verlag. Darin thematisiert die Autorin das historische Spannungsverhältnis zwischen dem liberalen Postulat von Freiheit und Menschenrechten einerseits, und den Abgrenzungsbedürfnissen des modernen liberalen Staates andererseits. Anhand von historischen Analysen zeigt sie, wie die rhetorische und visuelle Grenzziehung in der liberalen Theorie und Staatskunst stets auch Ausgrenzung und Ausbeutung bedeutet(e).

Francesca Falk studierte Geschichte und politische Theorie an den Universitäten Basel, Freiburg im Breisgau, Genf und Zürich. Sie promovierte im Rahmen des Nationalen Forschungsschwerpunktes eikones und arbeitet an einer visuellen Kulturgeschichte der Demonstration. Sie ist Lehrbeauftragte an der Universität Basel.

Falk, Francesca: Eine gestische Geschichte der Grenze. Wie der Liberalismus an der Grenze an seine Grenzen kommt, München 2011.

Falk, Francesca; Bischoff, Christine; Kafehsy, Sylvia (Hg.): Images of Illegalized Immigration. Towards a Critical Iconology of Politics, Bielefeld 2010.



FRANCESCA FALK
EINE GESTISCHE
GESCHICHTE DER GRENZE

WIE DER LIBERALISMUS AN DER GRENZE
AN SEINE GRENZEN KOMMT

WILHELM FINK

Die Bundesversammlung 2011–2015 besteht aus einem Drittel neuer Gesichter, drei geschwächten etablierten Parteien und zwei strahlenden Stehaufmännchen. Was das für die Integrationspolitik heisst, wird sich weisen, denn viele Neue sind noch politische Wundertüten und die Etablierten müssen sich im Kampf um Identitätspolitik – um das Label des richtigen Schweizers – neu positionieren. Aber wer sind sie denn, die Neuen: Ein mittelständisches Sammelbecken jung-dynamischer StädterInnen mit unbekannt heterogenem Profil; NutzniesserInnen aus einer Mischung modernen Marketings und grüner Politik ohne Askese; VerfechterInnen einer Politik der Chancengleichheit und Toleranz – mit nur wenig Eingriffen in die Wirtschaft und mit Schutz vor zu viel Einwanderung. Gewählt von Menschen, die den Wohlstand zulasten Dritter genießen, dabei aber kein schlechtes Gewissen haben möchten. Viele öffentliche KommentatorInnen überschlugen sich in der (leider wohl naiven) Prognose einer Schweiz mit mehr Toleranz, Integration und Chancengleichheit.

Steuerzahler aber keine Citoyen

Aber ist die Frage über das Profil der Neugewählten wirklich so viel der Rede Wert? Ich meine nein! Zugegeben, auch ich freue mich, dass der Politik der offenen Ausgrenzung und des Rassismus zumindest vom rechten Rand die Grenzen aufgezeigt wurden. Doch befürchte ich, dass damit auch ein diffuser Rassismus in der Mitte befördert wird, der sich insbesondere in einer angeblich «sachlichen», aber nichtsdestotrotz repressiven Einwanderungs- und Einbürgerungspolitik zeigt – wie z.B. im Gegenvorschlag zur Ausschaffungsiniziative oder im neo-assimilationistischen Slogan des «Förderns und Forderns».

Vielmehr aber als für die Frage, wer gewählt wurde, sollten wir uns für die Frage interessieren, wer gewählt hat? Denn insbesondere davon hängt die Qualität der hiesigen Demokratie ab, um die es angesichts geballter Macht der großen Finanzjongleure und einer rechten Angstpolitik ohnehin nicht allzu gut steht. Und die aktuelle Antwort darauf ist nicht gerade erfreulich: Ausländerinnen und Ausländer dürfen nicht wählen – ein integrationspolitisch absurdes Zeichen: «Ihr gehört nicht zu uns!» heisst dies in anderen Worten.

Knapp ein Viertel der hiesigen Wohnbevölkerung und SteuerzahlerInnen werden von der

politischen Partizipation ausgeschlossen, zählt man mal die zahlreichen ausserparlamentarischen Einflussmöglichkeiten weg. Ein beachtlicher Teil der Wohnbevölkerung also, der zu politisch Aussenstehenden gemacht wird. Steuern zahlen ja, mitbestimmen nein – in andern Worten: Full taxation without representation! Mit diesem assimilatorischen Stimm- bzw. Staatsbürgerschaftsmodell geht eine systematische Politik der Ausgrenzung der ausländischen Bevölkerung einher. Denn zusätzlich konfrontiert mit einer einseitigen Integrationspolitik, die selbstgenüßlich auf Paternalismus und Sanktionierung ruht, und gleichzeitig alltägliche Diskriminierung im öffentlichen Raum, in der Freizeit, bei der Stellen- und Wohnungssuche duldet, verinnerlichen Jugendliche aber auch Erwachsene die Erfahrung des «Nicht-Dazu-Gehörens».

Integration durch Demokratie – Demokratie durch Integration

Durch die Ausgrenzung bei den politischen Rechten erschweren wir insbesondere – aber nicht nur – jugendlichen Ausländerinnen und Ausländern, sich zu für dieses Land mitverantwortlichen Menschen zu entwickeln. Die alltägliche, manchmal brachiale, manchmal subtile Erfahrung des «Nicht-Dazu-Gehörens» hemmt ein – gerade bei Jugendlichen – quasinaturegebenes politisches Interesse an Verantwortung und Teilhabe an der Gemeinschaft. Die Vorstellung, Menschen durch jahrzehntelangen Ausschluss von politischen Rechten zu guten Demokraten zu erziehen, ist absurd. Im Gegenteil, sie internalisieren grösstenteils die Assimilationsforderung: Schweigen und arbeiten! Das mag drastisch klingen, aber ist Ihnen bei den Wahlen aufgefallen, wie erschreckend wenige eingebürgerte Eidgenossen – erwachsene oder jugendliche – sich auf die politische Bühne begeben? Integration und Solidarität lässt sich nur durch Inklusion in der demokratischen Mitbestimmung mobilisieren. Oder umgekehrt, von der demokratietheoretischen, und nicht von der integrationspolitischen Perspektive her gedacht: Demokratie meint die Mitbestimmung bei Prozessen, die einen massgeblich betreffen (können). Demokratie ohne politische Integration eines Viertels der Bevölkerung ist daher eine sehr schwache Demokratie.

Politisch weiter entwickelt und beispielhaft illustriert würde dies bedeuten, dass in unserer

globalisierten Welt Menschen von überall über die Politik der Eidgenossenschaft mitbestimmen sollten. Konsequenz daraus ist die Abschaffung der nationalstaatlichen Regulierung der Weltgemeinschaft und deren Ersetzung durch eine entgrenzte Weltbürgerschaft – oder zumindest durch eine multiple oder inklusive Staatsbürgerschaft. Das würde ermöglichen politische Rechte in mehreren Ländern innezuhaben, in denen mensch lebt und sich zugehörig fühlt.

Freilich, eine Universalisierung der politischen Rechte ist noch (!) kein realistisches Szenario – eine Utopie eben. Doch Utopien müssen formuliert werden, damit sich überhaupt Kräfte mobilisieren lassen, neue Wege zu beschreiten, zum Beispiel: Ausländerinnen und Ausländern, die seit zwei Jahren in der Schweiz Wohnsitz haben und beabsichtigen, länger zu bleiben, sämtliche politischen Rechte zuzugestehen. Denn Integration bedeutet Mitbestimmung, und dafür tritt die Stiftung Gertrud Kurz ein.

PS. So neu ist die Forderung übrigens gar nicht: Genau dies galt nämlich in diesem Land bis zum Ersten Weltkrieg, als die liberale Schweiz das Fundament für späteren Wohlstand schuf.

In dieser Rubrik äussern sich SpenderInnen und engagierte Menschen d z